



über die 2. Sitzung
des Straßenverkehrsausschusses
am Dienstag, dem 18. November 2003
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:50 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Herr Henning
Herr Müller
Frau Müller
Herr Skodd
Herr Stahlhut

Ratsmitglieder CDU

Herr Klein
Frau Scharrenbach
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Kaminski

Ratsmitglieder BG

Herr Lehmann

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Gockel
Herr Gube
Herr SchulteBraucks
Herr Schulze-Braucks

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Herr Fuhrmann
Herr Oppel
Herr Wilhelm

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Grosch

Beratendes Mitglied FDP

Herr Oertel

Sachverständige

Herr Grod
Herr Knop
Herr Matthies
Herr Schmücker
Herr Wiebusch

Verwaltung

Herr Breuer
Herr Brüggemann
Frau Bublitz
Herr Grudnio
Herr Koßmann
Herr Liedtke

entschuldigt fehlten

Herr Breitbarth
Herr Feld
Herr Muermann
Herr Zimmer

Herr **Klein** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Die Aufnahme weiterer Tagesordnungspunkte wurde nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Bericht zur Situation und Entwicklung des Radverkehrs in Kamen hier: Abschließender Bericht der Verwaltung	
2.	Verlegung des Ortseingangsschildes in Kamen-Heeren-Werve hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 14.10.2003	220/2003
3.	Einrichtung von stundenbeschränkten Parkplätzen in der Poststraße im Bereich des Amtsgerichtes bzw. der Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen (GSW) hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 22.10.2003	216/2003
4.	Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit im Bereich der Josefschule hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 06.11.2003	
5.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Bericht zur Situation und Entwicklung des Radverkehrs in Kamen
hier: Abschließender Bericht der Verwaltung

Herr **Liedtke** verwies auf den in der Sitzung des Straßenverkehrsausschusses vom 06.11.2002 abgegebenen Bericht und bemerkte, dass das Radverkehrskonzept anschließend den im Ausschuss vertretenen Fraktionen zwecks Durchsicht und Beratung zugesandt worden sei. Dies sei unter der Prämisse erfolgt, dass Änderungswünsche bzw. weitergehende Forderungen hätten definiert werden können.

Ferner teilte er in diesem Zusammenhang mit, dass die Verwaltung zu einigen der seinerzeit vorgestellten Projekte mit dem Land in laufenden Gesprächen stehe.

Im Einzelnen seien diese:

- Anlegung eines Radweges entlang Heerener Straße
Speziell soll hier vorab ein erster Teilabschnitt vom Ortseingangsschild Heeren-Werve bis zur Gutenbergstraße gebaut werden, wobei der Radweg auf der nördlichen Fahrbahnseite bis zum Verbindungsweg mit der Schäferstraße geführt werden soll.
- Anlegung eines Radweges entlang des neu geplanten Baugebietes in Heeren

In diesem Zusammenhang wurde weiterhin mitgeteilt, dass die Beschilderungsmaßnahmen des landesweit geführten Radwegenetzes abgeschlossen seien.

Ergänzungen würden in Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung Unna an dem Radwegenetz des Kreises Unna und an den kommunalen Radwegen in den einzelnen Stadtteilen erfolgen.
Auch für diese Maßnahmen müssen Fördergelder beantragt werden.

Kleinere Maßnahmen, wie z.B. die Aufstellung von Radabstellanlagen im Zentrum, können aus den für die Innenstadtoptimierung zugewiesenen Haushaltsmitteln realisiert werden.

Anschließend unterrichtete Herr Liedtke darüber, dass das Radverkehrskonzept auf Seite 28 auch auf das Thema „Aufstellflächen für Radfahrer an lichtzeichengeregelten Kreuzungen“ eingehe und damit den vom Straßenverkehrsausschuss (Beschluss vom 30.09.2002) in dieser Sache an die Verwaltung herangetragenen Überprüfungsauftrag mit einschließe. Es sei vorgesehen, die im Stadtgebiet Kamen vorhandenen lichtzeichengeregelten Kreuzungen sukzessive zu untersuchen.

Auch dem diesbezüglichen Antrag der CDU-Fraktion werde Genüge getan, wenn der Straßenverkehrsausschuss das Radverkehrskonzept als geeignete Grundlage für die künftig umzusetzenden Radverkehrsmaßnahmen der Stadt Kamen beschließe, vergleichbar mit dem vor Jahren verabschiedeten Verkehrsentwicklungsplan.

Die Einzelmaßnahmen würden - wie in anderen Fällen auch - dem Rat bzw. den Fachausschüssen zur Entscheidung vorgelegt.

Herr **Brüggemann** ergänzte, dass in der Sitzung am 06.11.2002 und in Vorbesprechungen mit dem Vorsitzenden des Straßenverkehrsausschusses und dessen Vertreter angesprochen worden sei, das Konzept in einer der nächsten Sitzungen, wie von Herrn Liedtke erläutert, als geeignete Grundlage für die Optimierung des Radverkehrs im Stadtgebiet Kamen zu verabschieden.

Zusätzlich rege er auch an, zu beschließen, dass der Antrag der CDU-Fraktion auf Überprüfung der Möglichkeiten von Aufstellflächen für Radfahrer an lichtzeichengeregelten Kreuzungen in das Radverkehrskonzept integriert werde.

Wie bereits erwähnt, werden diese Überprüfungen zukünftig prozesshaft im Rahmen des Konzeptes abgearbeitet.

Die T-Kreuzung Bahnhofstraße/Sesekedamm sei im Zuge der Umbauarbeiten auf die Anlegung von Aufstellflächen bzw. Radfahrerführungen von der Polizeiinspektion Nord und der Verwaltung hin überprüft worden.

Das Prüfergebnis habe ergeben, dass der zur Verfügung stehende Verkehrsraum, insbesondere im Bereich der Linksabbiegespur von der Bahnhofstraße in Richtung Auffahrt zur Hochstraße, nicht ausreiche. Aus diesem Grunde könne an dieser Stelle eine Aufstellfläche für Radfahrer nicht realisiert werden.

Frau **Scharrenbach** merkte an, dass die Erarbeitung des Radverkehrskonzeptes auf einem Antrag der jungen Union basiere.

Ferner halte es auch ihre Fraktion für sinnvoll, den Antrag bzgl. Aufstellflächen für Radfahrer in das Radverkehrskonzept zu integrieren.

Anschließend richtete sie an die Verwaltung die Frage, ob für die Anlegung von Fahrradabstellanlagen Fördermittel zur Verfügung gestellt würden.

Herr **Liedtke** erwiderte, dass dies eine Frage der Dimension sei.

Kleinere Anlagen, wie die im Zentrum geplanten, würden hiervon nicht erfasst. Außerhalb gelegene größere Anlagen, wie beispielsweise die an den beiden Bahnhöfen bereits errichteten, seien dagegen förderungswürdig.

Herr **Stahlhut** bedankte sich im Namen seiner Fraktion für die geleistete Arbeit und merkte an, dass alle bisher in den Sitzungen des Straßenverkehrsausschusses angesprochenen Bereiche erfasst worden seien.

Das Konzept solle - wie der Verkehrsentwicklungsplan - als geeignete Grundlage für die zukünftige Entwicklung des Radverkehrs in Kamen dienen.

Einzelmaßnahmen sollten unter Beteiligung und durch Entscheidung der zuständigen Fachausschüsse sukzessive bearbeitet und umgesetzt werden.

Herr **Kaminski** berichtete, dass bzgl. der Radwegebeschilderung Bürger die Frage an ihn herangetragen hätten, ob nicht an Schnittpunkten/Kreuzungen der Radwege auf Sehenswürdigkeiten und Informationspunkte hingewiesen werden könne.

Weiterhin solle aus Sicherheitsgründen überprüft werden, ob an Kreisverkehren der Hinweis „Radfahrer absteigen“ ausgeschildert werden könne.

Herr **Grosch** merkte an, dass seine Fraktion Sicherheitsdefizite für Radfahrer an den überörtlichen Straßen - insbesondere Dortmunder Allee und Heerener Straße - sehe.

Weiterhin würden insbesondere Schüler, um Gefährdungen durch den Kfz-Verkehr zu vermeiden, auf der Lünener Straße mit Fahrrädern die Gehwege befahren.

Bezüglich der Fahrradabstellanlage am Bahnhof Kamen bat er die Verwaltung um Mitteilung, wie die zukünftige Nutzung gesichert sei.

Zur letztgenannten Anmerkung teilte Herr **Liedtke** mit, dass die AB-Maßnahmen wohl ausliefen.

Die AWO werde die Anlage allerdings weiter betreiben, wie sie gegenüber der Verwaltung in Gesprächen signalisiert habe.

Herr **Brüggemann** erwiderte, dass das Gehwegfahren auf der Lünener Straße überwiegend verboten sei und Radfahrer alternativ den Radweg entlang der Seseke nutzen sollten.

Hierzu teilte Herr **Wiebusch** mit, dass das Gehwegfahren auf der Lünener Straße teilweise gestattet sei.

Anschließend formulierte Herr **Brüggemann** den folgenden Beschlussvorschlag, welchen Herr **Klein** zur Abstimmung brachte:

„Der Straßenverkehrsausschuss beschließt, den vorgelegten Radverkehrsplan als geeignete Grundlage für die weitere Entwicklung zu nehmen und die einzelnen Positionen im Zuge weiterer Planungen umzusetzen.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

220/2003

Verlegung des Ortseingangsschildes in Kamen-Heeren-Werve
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 14.10.2003

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederlassung Hagen, als zuständigem Straßenbaustatsträger der Straße „Werwer Mark“ (L 665) zu führen, ob eine Versetzung der Ortstafel vorgenommen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

216/2003

Einrichtung von stundenbeschränkten Parkplätzen in der Poststraße im Bereich des Amtsgerichtes bzw. der Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen (GSW)
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 22.10.2003

Beschluss:

Dem Antrag wird dahingehend zugestimmt, dass vor dem Haupteingang des Amtsgerichtes und dem der Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen je zwei auf zwei Stunden beschränkte Parkplätze (montags bis freitags in der Zeit zwischen 08.00 und 18.00 Uhr) eingerichtet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit im Bereich der Josefschule
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 06.11.2003

Für die Antragstellerin, die CDU-Fraktion, bemerkte Herr **Klein** zum Antragspunkt b), dass für seine Fraktion eine Einbahnstraßenführung in der Klosterstraße nur als letzte Lösungsmöglichkeit in Betracht käme, wenn andere Möglichkeiten nicht machbar seien.

Herr **Brüggemann** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass von der Schulleitung der Josefschule ein Antrag auf Anlegung eines Zebrastreifens gestellt worden sei.
Am 17.11.2003 sei der Bereich von Herrn Wiebusch und ihm beobachtet und ein Gespräch mit dem Schulleiter geführt worden.
Wie Beobachtungen der Polizei belegen, würden einige Eltern durch das Vorfahren mit ihren Pkw und auch mit dem Gehwegparken selbst Gefahrenmomente erzeugen.

Es habe sich jedoch gezeigt, dass ein Zebrastreifen aus verkehrsrechtlichen Gründen nicht zu realisieren sei.
Die weitere Querungs- und Parksituation sei im Konsens mit der Schulleitung erörtert worden.
Weiterhin werde die Schulleitung die Eltern auf die Einhaltung von Sicherheitsstandards hinweisen und Anfahrtswege vorgeben.

Bezüglich des nunmehr vorliegenden Antrags der CDU-Fraktion werde die Verwaltung selbstverständlich einem vom Straßenverkehrsausschuss erteilten Prüfungsauftrag folgen.

Für die SPD-Fraktion erklärte Herr **Stahlhut**, dass sich seine Fraktion für einen Prüfungsauftrag ausspreche, eine Einbahnstraßenführung in der Klosterstraße aber aus Gründen der dadurch indizierten Möglichkeit zum Fahren höherer Geschwindigkeiten für nicht praktikabel halte.
Er selbst habe festgestellt, dass das von Herrn Brüggemann und der Polizei festgestellte und soeben beschriebene Verhalten fast an jeder Schule zu beobachten sei.

So würde auch an der Jahnschule in 2. Reihe und auf dem Gehweg

geparkt und zu schnell gefahren.

Die SPD möchte in diesem Zusammenhang über die Presse an die Eltern appellieren, mehr Rücksicht walten zu lassen.

Auch Herr **Klein** machte Fehlverhalten von Eltern aus, das sich zum Beispiel darin widerspiegeln, dass Kinder bei Regen über die Fahrbahn hinweg zum Pkw gewunken würden.

An Herrn Wiebusch richtete er in diesem Zusammenhang die Frage, ob seitens der Polizei nicht auch Verkehrserziehung für Eltern angeboten werden könne.

Herr **Wiebusch** erwiderte, dass dies machbar sei und er Eltern auch entsprechend anspreche werde.

Allerdings sei nicht zu realisieren, dass ständig Polizeibeamte an Schulen präsent seien.

Über Schulen und Presse müsse mehr auf die Eltern eingewirkt werden. Ferner gab er bekannt, dass in dem in Rede stehenden Bereich laut Unfallstatistik seit dem Jahre 2000 kein Unfall enthalten sei. Es bestünden darüber hinaus keine Gefahrenpotentiale.

Anschließend brachte Herr **Klein** den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss zu a):

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit für die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler der Josefschule und für andere Nutzer der betroffenen Liegenschaft die Verkehrssicherheit verbessert werden kann.

Das Ergebnis der Prüfung sollte dem Ausschuss in der nächsten Sitzung vorgestellt werden.

Soweit sinnvolle Maßnahmen aus vorhandenen Haushaltsmitteln vorgenommen werden können, sind diese unverzüglich auszuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Beschluss zu b):

In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, inwieweit das Gefährdungspotential in der Klosterstraße reduziert werden kann. Dort kann aufgrund des dortigen Parkdrucks nicht mehr zweispurig gefahren werden. Die Prüfung sollte unter der Prämisse erfolgen, dass das Parkraumangebot dadurch nicht reduziert wird.

Hier ist die Einschätzung der Verwaltung in der nächsten Sitzung des Straßenverkehrsausschusses mit einer Beschlussempfehlung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

5.1 Mitteilungen der Verwaltung

Herr **Brüggemann** erklärte, dass mit der schriftlichen Beantwortung von Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen als Anlage zur Einladung der kommenden Sitzung eine Verwaltungsvereinfachung dergestalt erreicht werde, dass die Sitzungszeiten verkürzt würden.

Er hoffe, dass die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses dieses Verfahren ebenfalls begrüßten.

Das Verfahren wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

5.2 Anfragen

5.2.1 Herr **Weigel** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass insbesondere bei schlechtem Wetter vor der LZA an der Einmündung Henry-Everling-Straße ein Rückstau bis zur Kreuzung Unnaer Straße auf der Heerener Straße entstehe.

Geändert werden könne dies durch eine Verlängerung der Rechtsabbiegespur zur Henry-Everling-Straße, da dann der Verkehr, der von der Heerener Straße nach rechts in die Henry-Everling-Straße abzubiegen beabsichtigt, eher abfließen könne.

Von der Verwaltung wurde zugesagt, entsprechende Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederlassung Hagen, zu führen.

5.2.2 Herr **Stahlhut** richtete an die Verwaltung die Frage, wann die abgängige Wartehalle auf der nördlichen Mühlenstraße ausgetauscht werde.

Herr **Liedtke** erklärte hierzu, dass es zeitlich nicht mehr möglich gewesen sei, die Wartehalle mit in die Wartehallenprogramme des 1. und des 2. Bauabschnittes einzubringen.

In dem Förderantrag bzgl. des 3. Bauabschnittes sei auch die Mühlenstraße enthalten.

Ein Bewilligungsbescheid über das gesamte Paket könne vom Land auf Grund der begrenzten Haushaltsmittel erst nach längerer Zeit erteilt werden.

Ein Vorschlag des Landes, dass Bewilligungsbescheide sukzessive für einzelne Wartehallen erlassen werden, wurde von der Verwaltung angenommen.

Es sei vorgesehen, bei Eingang des Bewilligungsbescheides zuallererst die Wartehalle in der nördlichen Mühlenstraße auszutauschen.

5.2.3 Herr **Grosch** erkundigte sich nach dem Sachstand bzgl. der geplanten Verbindung zwischen der Westicker Straße und der Dortmunder Allee in Südkamen, der sogenannten Spange.

Herr **Liedtke** erwiderte hierzu, dass die Planungen bzgl. der Aufhebung des Bahnüberganges am Roggenkamp/Königstraße planfestgestellt seien.

Bezüglich der Spange habe der Kreis Unna eine von den bisherigen Planungen abweichende Variante vorgelegt, die jedoch lediglich einem Kostenvergleich dienen sollte.

Der Kreis Unna werde unabhängig von der baulichen Umsetzung, wie zugesagt, einen finanziellen Anteil an der Baumaßnahme übernehmen.

Es könne davon ausgegangen werden, dass die Verbindung so gebaut werde, wie es die ursprüngliche Planung vorsah.

- 5.2.4 Frau **Scharrenbach** fragte an, wie zukünftig der Radverkehr über die alte Maibrücke geführt werde.

Herr **Brüggemann** teilte mit, dass diese Frage noch nicht abschließend beantwortet werden könne, weil diesbezügliche Überlegungen nicht abgeschlossen seien.

Ein entsprechender Bericht werde in der nächsten Sitzung des Straßenverkehrsausschusses erstattet.

- 5.2.5 Herr **Gube** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass die Gehwege der Fritz-Erler-Straße von erwachsenen Radfahrern, die überwiegend aus Richtung Bergkamen kämen, laufend befahren würden. Bürger würden hier Konfliktsituationen mit Fußgängern sehen.

Herr **Wiebusch** antwortete hierzu, dass er diese Meldung an die Kollegen des Streifen- und des Bezirksdienstes weiter geben werde.

Allerdings könne die Polizei nicht ständig dort Streifenfahrten vornehmen.

- 5.2.6 Herr **Oertel** bat um Überprüfung der Lichtzeichenanlage im Kreuzungsbereich Hochstraße/Lünener Straße/Westring. Nach Beobachtungen seiner Fraktion müsse die Phasenschaltung der Linksabbiegespur von der Lünener Straße in den Westring überarbeitet werden.

Herr **Brüggemann** sagte hierzu eine Beantwortung zu, ggf. auch über die vorgelegten Niederschriften.

- 5.2.7 Herr **Weigel** erkundigte sich nach dem Sachstand bzgl. Anlegung von Parkbuchten in der Borsigstraße.

Von Herrn **Liedtke** wurde erklärt, dass hier ein mit dem Wartehallenprogramm vergleichbarer Fall vorliege.

Es werde in absehbarer Zeit ein Bewilligungsbescheid erwartet.

- 5.2.8 Herr **Skodd** erinnerte an eine Anfrage in einer der vorhergehenden Sitzungen des Straßenverkehrsausschusses, mit welcher er um Überprüfung der Markierungen der Parkbuchten auf der Straße „Edelkirchenhof“ gebeten habe.

Auch hierzu wurde von der Verwaltung eine Beantwortung zugesagt, ggf. ebenfalls über die vorgelegten Niederschriften.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen ergaben sich keine.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Klein
Vorsitzender

gez. Grudnio
Schriftführer

Anlage

Berichte der Verwaltungen zu den Beratungspunkten und Anfragen in den Sitzungen des Straßenverkehrsausschusses am 30.09.2002 und 18.11.2003

Sitzung am 30.09.2002:

Zu TOP 8:2.1 und TOP 5.2.8 der Sitzung des Straßenverkehrsausschusses am 18.11.2003:

Die Sichtbarkeit der Parkbuchten entlang der Straße „Edelkirchenhof“ war bereits nach der ersten Mitteilung am 28.11.2000 von den Bediensteten zur Überwachung des ruhenden Verkehrs und von Bediensteten des Fachbereiches 30.1 des Öfteren überprüft worden.

Es wurde jeweils festgestellt, dass Kraftfahrzeuge dort korrekt in den vorgegebenen Abständen parkten und Neumarkierungen nicht notwendig sind.

Die Überprüfungen sind anschließend von den genannten Bediensteten fortgesetzt worden. Bis zum Jahresende 2003 hatte sich ebenfalls noch keine Notwendigkeit einer Neumarkierung ergeben.

Die Verwaltung wird die Sichtbarkeit der Parkbuchten weiterhin in Augenschein nehmen und möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass Parkbuchten aus Kostengründen nur neu markiert werden, wenn das Öfteren nicht platzsparend geparkt wird.

Die Verwaltung bittet, die versäumte Mitteilung zu entschuldigen.

Sitzung am 18.11.2003:

Zu TOP 5.2.6:

Die Phasenschaltungen der LZA im Kreuzungsbereich Lünener Straße/Hochstraße/Westring (B 61/B 233) war bereits in anderer Sache während eines Ortstermines mit der Fa. GVT überprüft worden. In diesen Prüfungen wurde auch die Situation der Linksabbiegespur von der Lünener Straße in den Westring und die Fußgängerquerung von der Lünener Straße über den Westring einbezogen.

Von der Firma wurden neue Phasenpläne erarbeitet.

Die Angebote der Fa. GVT liegen der Verwaltung mittlerweile vor und werden zurzeit überprüft.

Eine Veränderung der Schaltungen wird im folgendem Haushaltsjahr erfolgen.